



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 17.09.2020
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 18:08 Uhr bis 18:59 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Ute Haupt	Ausschussvorsitzende Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Frau Jahn
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Bönisch
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle Vertreter für Herrn Raue
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme bis 18:44 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Angela Ernst	Sachkundige Einwohnerin
Tobias Heinicke	Sachkundiger Einwohner
Markus Jürisch	Sachkundiger Einwohner
Ines Dunker	Sachkundige Einwohnerin
Elke Schwabe	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Andrea Simon	Controllerin GB IV
Dr. Uta Schwarzer	Stellv. Leiterin Fachbereich Gesundheit
Annerose Winter	Abteilungsleiterin Soziale Hilfen
Andreas Kraft	Koordinator Frühe Hilfen

Entschuldigt fehlten:

Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Svea Detering	Sachkundige Einwohnerin
Guido Haak	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Jörg Baus	Leiter Fachbereich Soziales
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Rodney Thomas zu TOP 5.2 und 7.5**

Herr Rodney Thomas trug seine Sichtweise zur Pandemie vor. Nach Medienberichten gibt es Behandlungsergebnisse zu Corona, die der Bevölkerung nicht mitgeteilt werden. Warum informiert die Verwaltung nicht über wirksame Methoden und Medikamente zu Corona?

Frau Brederlow erwiderte, dass der Fachbereich Gesundheit eine klare Aufgabe hat und dazu gehört auch die Aufklärung der Bevölkerung und soweit das möglich ist, erfolgt diese auch. Konkrete Behandlungsempfehlungen darf das Gesundheitsamt nicht geben, dafür sind entsprechende Ärzte und Kliniken da.

Wenn Informationen vorliegen, die von entsprechenden Behörden in der Bundesrepublik bestätigt wurden, werden diese auch bekanntgemacht, insofern diese Ergebnisse belastbar sind. Gegenwärtig laufen verschiedene Studien.

Herr Thomas sagte, dass es erfolgreiche Behandlungen zu Corona gibt und deswegen wollte er wissen, warum in der Stadt Halle nicht Gespräche mit den Kliniken dazu laufen.

Durch **Frau Brederlow** wurde entgegnet, dass es fast täglich Rücksprachen mit den Kliniken gibt und einmal wöchentlich eine große Runde mit diesen stattfindet, wo wichtige Sachen besprochen werden.

Herr Thomas machte wiederholt auf seine Kenntnisse hinsichtlich sozialer Distanzierungen und Maskentragens aufmerksam und bezeichnete es als Schande, dass die erfolgreichen Behandlungen nicht den Bürgern der Stadt vermittelt werden.

Frau Haupt verwies auf die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse und sagte, dass es bei der Einwohnerfragestunde um Fragestellungen geht und Herr Thomas eine Antwort auf seine Frage und seine Zusatzfrage erhalten hat.

Herr Thomas fragte, ob Frau Brederlow immer noch diese Schande durchführen möchte.

Frau Brederlow fragte, von welcher Schande Herr Thomas spricht und machte deutlich, dass sie nicht mehr auf weitere Äußerungen von Herrn Thomas eingehen wird, da sie bereits geantwortet hat.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Haupt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt sprach an, dass der TOP 5.2 erledigt ist, da dieser Antrag bereits im Kulturausschuss zurückgezogen worden ist.

Frau Dr. Wünscher fragte, warum bei dieser kurzen Tagesordnung eine Sitzung stattfindet.

Frau Haupt sagte, dass erst vorgesehen war, die Sitzung ausfallen zu lassen. Da der unter dem TOP 5.2 stehende Antrag aber für alle Gremien im September vorgesehen war, musste dieser ebenfalls noch aufgenommen werden. Da der Antrag erst im Kulturausschuss zurückgezogen wurde, muss die Sitzung jetzt stattfinden, da eine Veröffentlichung der Sitzung bereits stattgefunden hatte.

Da es keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung gab, rief **Frau Haupt** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.07.2020
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Barrierefreiheit in der Gremienarbeit
Vorlage: VII/2020/01452
- 5.2. Antrag der Fraktionen Freien Demokraten (FDP) und Mitbürger & Die PARTEI zur Soforthilfe
Vorlage: VII/2020/01463 **erledigt**
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Aktueller Stand Frühe Hilfen
- 7.2. Starke Familien Gesetz/Bildung und Teilhabe
- 7.3. Aktueller Stand Wohngeld
- 7.4. Regionale Kontaktliste für Schulen der Stadt Halle (Saale)

- 7.5. Handlungsleitfaden bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung zwischen den Schulen der Stadt und dem Allgemeinen Sozialen Dienst
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.07.2020

Die Niederschrift vom 02.07.2020 wurde ohne Einwendungen bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Barrierefreiheit in der Gremienarbeit
Vorlage: VII/2020/01452**

Herr Helmich führte in den Antrag seiner Fraktion ein.

Frau Brederlow sagte, dass die ersten Treffen mit den Behindertenverbänden stattgefunden haben und da wurde dies auch thematisiert. Da es sich um einen Prüfauftrag handelt, empfahl sie, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Ernst fragte, warum eine Fraktion diesen Antrag stellt und nicht der Behindertenbeirat selbst.

Frau Brederlow antwortete, dass es bisher nur den Beschluss zur Gründung des Behindertenbeirates gab, dieser sich aber noch nicht gegründet hat. Außerdem kann jede Fraktion zu einzelnen Themen einen Antrag stellen.

Frau Ernst erwiderte, dass es dennoch unverständlich für sie ist, da Fraktionen ja beraten sollen und dann könnte der Behindertenbeirat dieses Thema im Ausschuss und im Stadtrat selbst vorbringen.

Frau Haupt erläuterte nochmals, dass die Fraktionen sich der Themen annehmen können, welche diese für notwendig erachten. Dies schließt eine gemeinsame Arbeit mit dem Behindertenbeirat nicht aus.

Durch **Herrn Schöder** wurde angesprochen, dass die Ausbildung als

Gebärdensprachdolmetscher sehr teuer und sehr hochspezialisiert ist. Er fragte, wie viel Gebärdendolmetscher pro Sitzung benötigt werden und ob es bereits Aussagen zu dem Kostenumfang gibt.

Frau Brederlow sagte, dass es Gebärdendolmetscher gibt, die das anbieten und zu denen die Nachfrage auch sehr hoch ist. Wenn dies geprüft wird, werden die Kosten und die Umsetzung geprüft. Soweit sie das nachverfolgen konnte, ist immer nur ein Gebärdendolmetscher im Gremium, ggf. kann bei längeren Sitzungen auch ein abwechselnder Einsatz erfolgen.

Herr Heym sagte, dass man sich hierbei mit den Finanzen und dem Personaleinsatz beschäftigen muss. Er wollte wissen, ob man sich zu bestimmten Dingen verpflichten kann, da man daran auch gemessen wird. Es sollten keine Erwartungen geweckt werden, die dann eventuell nicht umsetzbar sind. Das Vorhaben ist zu befürworten. Gebärdendolmetscher sind deutschlandweit sehr gefragt.

Herr Helmich sagte, dass der Stundensatz für Gebärdendolmetscher bundesweit festgelegt ist und dieser liegt bei 75 Euro pro Stunde und es gibt eine Regelung zu den Anfahrten. Die Ausbildung als Gebärdendolmetscher ist ein Studium mit Bachelorabschluss. Er betonte, dass es darum geht, dass der Anspruch erfüllt werden kann, wenn ein entsprechender Bedarf angemeldet wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Haupt** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Strä: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob mit Bezug auf das Behindertengleichstellungsgesetz Sachsen-Anhalt die Notwendigkeit besteht, Regelungen zur Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetscher*innen oder anderen behinderungsbedingt notwendige Kommunikationshilfen bei Bedarf für Stadträt*innen und sachkundige Einwohner*innen sowie die Mitglieder in durch den Stadtrat initiierte Gremien in Satzungen und Geschäftsordnungen zu verankern.

1. Über die Vergabe der Mittel entscheidet ein für diesen Zweck zu bildendes Gremium aus der Beigeordneten für Kultur- und Sport sowie jeweils ein Vertreter aus den Stadtratsfraktionen.
2. Auf die Soforthilfe gibt es keinen Rechtsanspruch. Sie stellt eine freiwillige Leistung dar. Antragsprüfung und Gewährung der Unterstützung ist grundsätzlich abhängig von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Aktueller Stand Frühe Hilfen**

Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.

Herr Helmich fragte, ob im Jahr 2020 noch neun Hebammen in der Stadt Halle tätig sind.

Herr Kraft bestätigte, dass auch im Jahr 2020 neun Fachkräfte zur Verfügung stehen, wovon 6 Familienhebammen und 3 Gesundheitskrankenpflegerinnen zur Verfügung stehen.

zu 7.2 **Starke Familien Gesetz/Bildung und Teilhabe**

Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7.3 **Aktueller Stand Wohngeld**

Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7.4 **Regionale Kontaktliste für Schulen der Stadt Halle (Saale)**

Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.

Herr Dr. Ali Tarek ergänzte zu Punkt 2.8 Sprachmittlung im Land Sachsen-Anhalt, dass es in der Stadt Halle noch zwei wichtige Sprachmittler-/Sprachbegleiterpools gibt. Einmal beim VEMO, Verband der Migrantenorganisationen Halle e.V. mit dem Jobcenter und dann über die Freiwilligenagentur noch Paten und Lotsen für Geflüchtete auch für eine Begleitung als Dolmetscher für verschiedene Termine.

Frau Haupt dankte für diesen Hinweis und bat um Aufnahme in die bestehende Kontaktliste.

zu 7.5 **Handlungsleitfaden bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung zwischen den Schulen der Stadt und dem Allgemeinen Sozialen Dienst**

Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7.6 Information zur Gesetzgebung bzgl. Stärkung des Gesundheitsdienstes

Frau Brederlow informierte zu einer Gesetzgebung und bereitstehende Finanzmittel für die öffentliche Stärkung des Gesundheitsdienstes mit dem Titel „Gesundheitsamt 2.0“.

Momentan gibt es noch keinen Vertrag zwischen der Bundesregierung und dem Land Sachsen-Anhalt, die Stadt ist darauf vorbereitet und wird zum gegebenen Zeitpunkt aktuell informieren, wie die personelle und technische Stärkung des Fachbereiches Gesundheit erfolgen wird.

zu 7.7 Information zur Taubensituation auf dem Hauptbahnhof

Frau Dr. Schwarzer teilte mit, dass es eine enge Abstimmung mit dem Bahnstationsmanagement zu den Taubenschlägen gibt. Das Bahnstationsmanagement hat dem Tierschutzverein angeboten, dass im Bereich des Bahnhofs ein Taubenschlag zu Kosten des Bahnhofs gebaut werden kann. Momentan geht es darum, dass sich der Tierschutz Halle e.V. entscheidet, diesen Taubenschlag durch eigenes Personal zu betreiben.

zu 7.8 Information zur Schweinepest in Deutschland

Frau Dr. Schwarzer informierte kurz zu der afrikanischen Schweinepest, wozu bereits Medienberichte erfolgten. Die Auswirkungen für Deutschland sind da, die Exporte von Schweinefleisch sind im Wesentlichen in Drittländer gestoppt worden.

zu 7.9 Information zum West-Nil-Virus

Frau Dr. Schwarzer informierte zum West-Nil-Virus, welches auch vor dem halleschen Zoo nicht Halt machte. Bei dem ersten Fall im Zoo handelte es sich um eine nordische Vogel, vier Wochen später sind mehrere Flamingos erkrankt, wovon einige an dem West-Nil-Virus verstorben sind. Mittlerweile gibt es in vielen Zoos Erkrankungen, wovon überwiegend Flamingos betroffen sind.

zu 7.10 Information zur Erarbeitung eines Suchtkonzeptes

Frau Brederlow teilte mit, dass als offenes Thema noch das Suchtkonzept ansteht. Die entsprechende Erarbeitung wurde ausgeschrieben, zu dem es nur ein Preisangebot gab, welches sehr abwegig war. Da die Erarbeitung dieses Suchtkonzeptes mit den eigenen Kräften nicht leistbar ist, soll eine externe Beauftragung erfolgen.

zu 7.11 Information zur Coronasituation in Halle (Saale)

Durch **Frau Brederlow** wurde auf die heutige aktuelle Presseinformation zu Corona verwiesen. Am heutigen Tag gab es 16 neue Coronafälle. Die Dynamik der

Coronainfektionen ist größer geworden, damit liegt der Faktor bei 7 Tagen auf 100 000 Einwohner/-innen zwischen 15 und 16. Momentan sind es Hotspots. Im täglich stattfindenden Pandemiestab werden entsprechende Maßnahmen aktuell angesprochen.

zu 7.12 Information Dr. Tarek Ali zur interkulturellen Woche

Herr Dr. Ali Tarek informierte zur interkulturellen Woche, die dieses Jahr online stattfindet. Die Woche findet vom 28.09. bis 04.10.2020 statt. Die Eröffnungsveranstaltung wird am 28.09.2020 um 14 Uhr unter www.ikw.halle.de abrufbar sein. Er verteilte Programmhefte an die Mitglieder.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Heym zu Stornokosten bei Klassenfahrten

Herr Heym fragte zur Thematik Klassenfahrten und die geforderte Verpflichtung der Eltern, Stornokosten zu übernehmen. Bei Beziehern von Bildung und Teilhabe möchte er wissen, wie es sich mit der privatrechtlichen Verpflichtung zur Übernahme von Stornokosten verhält.

Frau Simon antwortete, dass bei einem bestimmten Teil dies vom Land übernommen wird, welches sich hier an einem Erlass des Ministeriums orientiert. Bisher ist dies auch reibungslos verlaufen.

Herr Heym sagte, dass diese Aussage seinen Informationen widerspricht, da es ihm bereits um die neuen Verpflichtungen im jetzigen Schuljahr geht, wo es die Kostenzusicherung des Landes nicht mehr geben soll.

Frau Simon bat darum, dem Geschäftsbereich den Einzelfall zukommen zu lassen, damit dies geklärt werden kann.

zu 8.2 Herr Schöder zu Kosten der Unterkunft

Herr Schöder sprach an, dass es laut einer Stellungnahme des Bundesrechnungshofes in Kommunen zu teilweisen Überschreitungen der Kosten für die Unterkunft (KdU) bei Asylbewerbern. Deshalb fragte er:

1. Kommt es in der Stadt Halle zu Überschreitungen der Richtwerte für Unterkunftskosten in der Fassung vom 06.02.2019? Wie viele Überschreitungen gibt es? Bitte nach Anspruchsgrundlage (SGB II, SGB XII, AsylbLG) aufschlüsseln.
2. Worin liegen die Gründe für die Überschreitungen?
3. Welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Stadt, gegen gegenüber der ortsüblichen Vergleichsmiete überhöhte Unterkunftskosten vorzugehen oder Anspruchsberechtigte in günstigere Unterkünfte oder gar Unterkünfte bei städtischen Wohnungsgesellschaften zu vermitteln?

Frau Winter antwortete, dass bei der Anmietung von Wohnungen durch Leistungsberechtigte als Maßstab immer das schlüssige Konzept gilt. Da gibt es keine Überschreitungen.

Wenn Mietangebote vorliegen, die über der Grenze liegen, werden diese Personen aufgefordert, mit dem Vermieter nach zu verhandeln oder sich an andere Wohnungsanbieter zu wenden. Wenn es Probleme gibt, sind die Mitarbeiter/-innen auch bestrebt, Unterkünfte zu vermitteln bzw. bei der Suche behilflich zu sein.

zu 8.3 Herr Schöder zum Kinderhospiz

Herr Schöder sprach an, dass seine Fraktion im Sommer im Kinderhospiz war. Für die ehrenamtlich Tätigen werden dringend Räume benötigt, wo diese ausgebildet werden können. Die eigenen Räume dürfen wegen der Auflagen und Abstandsregelungen nicht genutzt werden. Kann die Stadt prüfen, ob kostenfreie Räume für diese Kurstermine zur Verfügung gestellt werden können.

Zu der Arbeit in und mit Familien fragte er, ob die Stadt weitere Schutzmaterialien (Masken, Desinfektionsmittel) zur Verfügung stellen kann, da die Krankenkassen eine Übernahme der Kosten kategorisch ablehnen.

Außerdem sprach er das Elterncafé im Klinikum Kröllwitz an, da das ambulante Kinder- und Jugendhospiz hier auf zwei Kinderstationen gemeinsam mit dem Verein zur Förderung krebskranker Kinder e.V. für die psychologische und soziale Unterstützung der Eltern zur Verfügung stand. Die Eltern haben das Angebot sehr gern in Anspruch genommen, was durch Corona weggebrochen ist. Auch für die schwer erkrankten Kinder und Jugendlichen ist eine Begleitung an der Uniklinik noch nicht möglich, sodass diese zusätzlich teilweise an Einsamkeit und Ausgrenzung leiden.

Deshalb fragte **Herr Schöder**, ob es eine Ausnahmeregelung für die Ehrenamtlichen geben kann, um diese Gespräche wieder aufleben zu lassen.

Frau Brederlow verwies auf die jetzt in Kraft getretene 8. Eindämmungsverordnung, hier sind einige Lockerungen enthalten. Die Einrichtungen sollten hier prüfen, was jetzt unter welchen Bedingungen möglich ist.

Die Frage bezüglich der Ausnahmeregelungen an der Uniklinik kann sie nur weitergeben, da die Uniklinik hier selbst entscheiden muss, wie sie die Eindämmungsverordnung umsetzt.

Herr Schöder gab seine Fragen schriftlich formuliert an Frau Brederlow.

zu 8.4 Frau Haupt zur Hilfe für Bedürftige

Frau Haupt sprach an, dass sie durch einen Bürger informiert wurde, dass dieser einen im Gebüsch liegenden Mann gesehen hatte und daraufhin das Ordnungsamt informiert hat. Das Ordnungsamt hat daraufhin gesagt, dass dies bereits bekannt sei und der Bürger den ganzen Tag schon da läge. Sie fragte, ob es Unterstützungsmöglichkeiten oder –angebote gibt.

Frau Brederlow antwortete, dass bei einer Information durch das Ordnungsamt an ihren Bereich zu solchen Fällen der Sozialpsychiatrische Dienst, der prüft, inwiefern solche

Personen Hilfe benötigen und Hilfsangebote unterbreiten. Sie empfahl bei solchen Einzelfällen das Bürgertelefon zu informieren.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher liegt in Session vor. **Frau Haupt** sagte, dass einiges noch offen geblieben ist, wie bspw. das FamBFöG.

Frau Brederlow erwiderte, dass dies wahrscheinlich erst in der Novembersitzung kommen wird.

zu 9.2 Herr Jürisch zum Marktplatz im Sommer

Herr Jürisch regte für den nächsten Sommer an, dass bei den schönen Angeboten für Bürger mit den Sandkisten und Sitzmöglichkeiten nur ein Sonnenschutz gefehlt hat und falls die Stadt dies im Sommer 2021 wiederholen möchte, daran gedacht werden sollte.

zu 9.3 Frau Dr. Kreutzfeldt zum Kulturzentrum in Neustadt

Frau Dr. Kreutzfeldt erinnerte an das Jahresgedenken zum 09. Oktober. Sie sagte, dass die muslimischen Bürger aus Neustadt, die das zweite Ziel des Attentäters gewesen wären, wenn dessen Auto nicht kaputt gegangen wäre, aus jeglichen Ansprachen u. ä. heraus gelassen wurden. Der Vorstand des islamischen Kulturzentrums ins Neustadt hat sich entschieden, am Gedenken im Rahmen der weiter geplanten Aktionen teilzunehmen.

Sie regte an, dass der Ausschuss im Jahr 2021 im Kulturzentrum in Neustadt eine Sitzung machen könnte, um sich der Anliegen dieser Bürger anzunehmen.

Frau Haupt sagte, dass dies im Themenspeicher mit vorgesehen werden kann und geprüft werden muss, wann dies eventuell eingeplant werden kann, da noch die Abstandsregelungen zur Pandemie gelten und auch in Sitzungen gewahrt werden muss.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Frau Haupt** den öffentlichen Teil und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin